

## Die Fristen verstreichen

Verbände blockieren Islam-Institut in Berlin

Von Heike Schmoll

BERLIN, 3. April. Eigentlich sollte das Institut für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität (HU) zu Berlin schon Ende dieses Jahres seine Arbeit aufnehmen, daraus wird jedoch frühestens zum Wintersemester 2019/20 etwas. Selbst dieser Zeitplan sei äußerst ehrgeizig, sagt der Gründungsbeauftragte der HU für das Institut, der emeritierte Historiker Michael Borgolte, dieser Zeitung. Nach nahezu einem Jahr Verhandlungen mit den muslimischen Verbänden, die im Beirat des Instituts Sitz und Stimme haben sollen, gibt es nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist Ende März nur einen Verband, der die gemeinsame Vereinbarung über den Beirat paraphiert hat: Es ist die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. Alle anderen Beteiligten wie die Ditib, die Islamische Föderation (der Berliner Landesverband für Millî Görüş), der Verband der Islamischen Kulturzentren und der Zentralrat der Muslime haben weder ja noch nein gesagt, sondern die Frist ohne eine Stellungnahme verstreichen lassen. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat deshalb angekündigt, dass es am 13. April ein klärendes Gespräch mit den fünf Verbänden, der Humboldt-Universität, Borgolte sowie dem Senat geben soll. Die neuesten Änderungsvorschläge einzelner Verbände, die Abstimmungsmodalitäten im Beirat betreffen, seien jedenfalls für den Senat „nicht tragbar“. Offenbar wollten die Ditib, die Islamische Föderation und der Verband der Islamischen Kulturzentren die Entscheidungen des Gremiums blockieren können, während die HU auf Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit besteht.

Der Senat und das Präsidium der HU wollen das Institut für Islamische Theologie unbedingt, auch wenn der Widerstand gegen das bekenntnisorientierte Fach an der Universität beträchtlich ist. Der akademische Senat soll ungeachtet der inneruniversitären Bedenken im Sommer den Gründungsbeschluss fassen. Bis Ende des Jahres soll eine Berufungsliste für alle sechs Professuren des künftigen Instituts vorliegen, so dass die Ausschreibung beginnen kann. Die Liste wird von acht Hochschullehrern aus der Humboldt-Universität sowie vier Professoren für Islamische Theologie oder benachbarter Fächer aus anderen Universitäten erarbeitet. Die künftigen Professuren, so Borgolte, sollen international ausgeschrieben werden. Es gehe ihm um exzellente Hochschullehrer, keinesfalls soll das Berliner Institut zu einer mittelmäßigen Lehrerbildungseinrichtung werden. Erst wenn die Berufungsliste vorliegt, wird der Beirat gebraucht, denn er kann einzelne Bewerber ablehnen. Sollten die vier Verbände der Kooperationsvereinbarung bis dahin nicht zugestimmt haben, wäre es möglich, die Verhandlungspartner zu wechseln, was allerdings mit weiteren Zeitverschiebungen einherginge. Borgolte will weiter versuchen, einen Beirat einzurichten, der „sozialmächtig“ (so der rechtliche Ausdruck) die muslimische Gesamtgemeinde repräsentieren kann. Aus diesem Grund sei es auch zwingend nötig gewesen, mit der Ditib als größtem Verband zu verhandeln. Borgolte berichtet davon, dass selbst für klare Fragestellungen bis zu zehn Wochen für eine Antwort ins Land gingen.

Die Beiräte sind aufgrund des Wissenschaftsratspapiers aus dem Jahre 2010 eine Hilfskonstruktion. Denn die muslimischen Verbände sind nicht wie Kirchen mit klaren Ansprechpartnern organisiert. Mit Ausnahme von Frankfurt (in Hessen ist die Ditib als Religionsgemeinschaft anerkannt), das schon vor dem Votum des Wissenschaftsrats eine Professur für Koranexegese hatte, gibt es an allen Standorten (Münster/Osnabrück, Erlangen-Nürnberg und Tübingen) Beiräte, die zum Teil wegen ihrer Dauerstreitigkeiten nur bedingt arbeitsfähig sind. Solange es jedoch keine bessere Konstruktion für die verfassungsrechtlich gesicherte Mitsprache der Religionsgemeinschaften gibt, wird es wohl bei der Hilfskonstruktion bleiben.

## Masse durch Klasse

In Hamburg will sich die katholische Kirche von Schulen trennen. Ganz anders im Bistum Osnabrück – dort setzt man auf Bildung, um nicht noch mehr Gläubige zu verlieren.

Von Daniel Deckers

OSNABRÜCK, 3. April

Als im November 1989 die Mauer fiel, war die Freude über die wiedergewonnene Freiheit auch in der katholischen Kirche groß. Mehr als vierzig Jahre lang hatte die innerdeutsche Grenze nicht nur die Katholiken in der Bundesrepublik und in der DDR voneinander getrennt. Auch mehrere Diözesen waren in einen West- und einen Osten zerschnitten. Doch nach dem Ende der Teilung Deutschlands war es keineswegs gewiss, ob nun wieder zusammenwachsen würde, was einst zusammengehört hatte.

In den siebziger Jahren hatte die (West-)Deutsche Bischofskonferenz gemeinsam mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) Papst Paul VI. mit Mühe und Not davon abhalten können, die auf dem Gebiet der DDR liegenden Teile der Bistümer Fulda, Paderborn, Osnabrück und Würzburg zu verselbständigen und damit die Teilung auch kirchenrechtlich zu besiegeln. So war die katholische Kirche bis 1989 eine der wenigen gesamtdeutschen Klammern. Nicht zu übersehen war aber auch, dass sich seit 1945 um Erfurt, Magdeburg und Schwerin herum eigene Strukturen und Mentalitäten gebildet hatten. Das Rad der Geschichte zurückzudrehen kam nicht in Frage. Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung wurden die Bistumsgrenzen in Nord- und Mitteldeutschland bis hin nach Görlitz, das einst zum Fürstbistum Breslau gehört hatte, neu gezogen.

Weitgehend unstrittig war die Errichtung der Bistümer Erfurt und Magdeburg. Doch was sollte aus Mecklenburg werden, das zusammen mit dem größten Teil der Stadt Hamburg und Schleswig-Holstein zum Bistum Osnabrück gehörte? In Mecklenburg wollten viele Katholiken die Bindungen nach Niedersachsen nicht kappen, die Osnabrücker wollten die mecklenburgische Diaspora weiter in Ehren halten. Papst Johannes Paul II. und seine Berater hatten – wie so oft – eigene Ideen für die Kirche in Deutschland. Gegen das Votum der Deutschen Bischofskonferenz wurden die südlich der Elbe gelegenen Hamburger Bezirke Wilhelmsburg und Harburg, die zum Bistum Hildesheim gehörten, mit dem größten Teil des Bistums Osnabrück 1995 zu dem neuen Erzbistum Hamburg verschmolzen.

In Osnabrück trug man es mit Fassung. Wie in der päpstlichen Errichtungsurkunde für das Erzbistum Hamburg verfügt, wurde das Bistumsvermögen einvernehmlich aufgeteilt: Grundstücke und Gebäude nach dem Territorialprinzip, Kassen- und Wertpapiervermögen nach der Anzahl der Katholiken, die damals sehr geringen Ver-

sorgungsrücklagen für die Priester und Beamten in der Bistumsverwaltung nach dem jeweiligen Dienst- oder Ruhestandssitz. Zum Streit kam es darüber nie – auch nicht über die finanzielle Ausstattung der mehr als ein Dutzend katholischen Schulen in Hamburg, die zusammen mit den Kirchengemeinden und den Krankenhäusern das organisatorische Rückgrat der katholischen Minderheit in der protestantisch geprägten Hansestadt waren.

Warum auch hätte man sich über die Schulen streiten sollen? Bis 1995 waren die Kirchensteuern der Hamburger nicht an das Bistum Osnabrück geflossen, sondern an den Hamburger Gemeindeverband. Also wurde der Betrieb der Schulen einschließlich der Pensionsverpflichtungen von Hamburgern für Hamburger finanziert – oder auch nicht. In der Freien Hansestadt Bremen, die bis heute zum Bistum Osnabrück gehört, hatte der dortige Gemeindeverband schon früh damit begonnen, mit den Kirchensteuern der Bremer eine Pensionsrücklage für die Lehrer zu bilden. In Hamburg, wo die Schulen einige Jahre nach der Bistumsgründung organisatorisch unter dem Dach des Katholischen Schulverbands zusammengeführt wurden, nahm die Bistumsleitung das Problem auf die leichte Schulter. Mit fatalen Folgen.

Allen Mahnungen von Finanzverantwortlichen wie von Mitgliedern des Verwaltungsrates des Schulverbands zum Trotz wurde die Lücke zwischen Rücklagen und Verpflichtungen in der Amtszeit von Erzbischof Werner Thissen (2003 bis 2014) immer größer. Auch die Investitionen in den Gebäudebestand blieben weit hinter den Maßgaben zurück. 2013 kam eine vom Bistum beauftragte Projektgruppe „Bildung und Region“ in einem Gutachten zu dem Ergebnis: „Die räumliche Ausstattung und die gebäudliche Struktur der Schulen sind so suboptimal wie in Teilen die gemeinsame Außendarstellung der Schulen und des Trägers mit dem Gesamtangebot von der Kita bis zum Abitur.“

Immerhin wurde im Süden Hamburgs mit seiner eher unterdurchschnittlich bildungsaffinen Bevölkerung ein neues Gymnasium errichtet. Andere Veränderungen wie der Neubau eines Traditionsgymnasiums unweit des alten, nicht erweiterbaren Standortes scheiterten am Widerstand der Eltern und der Schulleitung. Mittlerweile stellt sich die Situation für Thissens Nachfolger Stefan Heße und dessen Generalvikar Ansgar Thim so dar, dass das Erzbistum wegen nicht abgefolgter Pensionslasten bilanziell mit annähernd siebzig Millionen Euro überschuldet ist. Um den Fehlbetrag nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, sollen nun bis zu acht der 21 Schulen aufgegeben werden.

Während im Januar die Bistumsleitung in Hamburg Schüler, Eltern, Lehrer, die Politik und die Stadtgesellschaft vor vollendete Tatsachen stellte, herrschte im Bistum Osnabrück eitel Freude. Denn auf dem Feld der Schulpolitik waren Bischof Franz-Josef Bode und sein Generalvikar Theodor Paul seit 1995 andere Wege gegangen, als man es in Hamburg für nötig hielt. Die Finanzierung des Schulbetriebs und der Pensionsrückstellungen wurde durch einen fixen Anteil an den Kirchensteuereinnahmen auf eine verlässliche Grundlage gestellt. Die Trägerschaft und die Finanzierung besonderer Projekte wurde einer Schulstiftung übertragen, deren Kapital sich aus Kirchensteuermitteln und privaten Zustiftungen zusammensetzt. „Wir haben immer investiert und unsere Freiheit als Träger kreativ genutzt“, erinnert sich Generalvikar Paul im Gespräch mit dieser Zeitung. In der Tat dürfte die „Drei-Religionen-Schule“ in Osnabrück, in der christlicher, jüdischer und islamischer Religionsunterricht erteilt wird, zu den profiliertesten Schulprojekten hierzulande auf dem Feld der Integration gehören.

Doch damit nicht genug. Seit dem 1. Januar 2018 hat sich die Zahl der Schulen in

Trägerschaft der Schulstiftung auf 21 erhöht. Die Thuner Franziskanerinnen hatten die finanziellen und organisatorischen Belastungen nicht mehr tragen wollen, die mit der Trägerschaft von vier Schulen mit rund 2500 Schülern und etwa 200 Lehrkräften einhergingen. Dass das Bistum zugreifen und zwei Gymnasien, eine Fachschule und eine Berufsfachschule übernehmen würde, war damit noch nicht gesagt. In den Beratungen des Kirchensteuertrats wurde im vergangenen Herbst schnell klar, dass die vier Schulen den Etat des Bistums anfangs um 1,5 Millionen Euro im Jahr belasten würden, Tendenz steigend. Außerdem würde mit jeder Verbeamtung ein zusätzlicher anfänglicher Rückstellungsbedarf von je 300.000 Euro entstehen – was bei 100 Beamtenstellen in den kommenden Jahren auf die erkleckliche Summe von rund 30 Millionen Euro hinausläuft. Am Ende stimmten alle Gremien der Übernahme der Schulen durch die Schulstiftung zu – wohl wissend, dass das Kirchensteuereinkommen aufgrund der demographischen Entwicklung auch in Osnabrück bald zurückgehen wird und die Erhöhung der Bilanzsumme des Bistums durch die Übertragung von Grundstücken und Immobilien die höheren Aufwendungen voraussichtlich nicht ausgleichen wird.

Doch ist es gerade die demographische Entwicklung, die in Osnabrück ein stärkeres Engagement in Schulen und Kindergärten als die beste Form der Zukunftssicherung erscheinen lässt. „Wer werden gesellschaftlich nur dann weiter eine Rolle spielen, wenn wir institutionell präsent sind“, sagt Generalvikar Paul. Bildungseinrichtungen, so der Geistliche, seien zusammen mit Einrichtungen der Caritas oft die einzigen Orte, an denen sich die Lebenswege von Kindern und ihren Familien und kirchliche Selbstvollzüge heute noch kreuzten. Zöge sich die Kirche aus diesen Handlungsfeldern zurück, gäbe sie nicht nur viele Möglichkeiten preis, dass Bürger ohne Ansehen der Person und der Religion mit ka-

tholisch geprägten Institutionen in Kontakt kommen könnten. Zudem lockere sich die Kirchenbindung der Katholiken noch schneller als ohnehin. Dann, so die Osnabrücker Logik, dürfte die finanzielle Basis des Bistums noch stärker erodieren, als es nach allen Modellrechnungen zu erwarten sei.

Dass der gute Wille der Bistumsleitung die finanziellen Risiken aufwiegt, ist nicht nur eine Frage umsichtiger Haushaltsführung. Die Schulträgerschaft müsse auch mit einem stärkeren personellen Engagement des Bistums in den Schulen einhergehen, ergänzen Personalchef Ulrich Beckwermer. „Wir wollen mit Inhalten und mit Präsenz vor Ort überzeugen“, sagt der Geistliche und hat dabei alle Orte kirchlichen Lebens einschließlich der Pfarrgemeinden im Blick. Wie das gehen kann, zeigte sich vor einigen Jahren in Bremen. Von der Bistumsleitung vor die Frage gestellt, ob einige kaum noch genutzte Kirchenräume aufgegeben anstatt saniert werden sollten und dadurch Geld für den Neubau eines Gymnasiums frei würde, entschieden sich die Bremer Katholiken für die Schule.

Die Saat der Subsidiarität und der Beteiligung, die im Bistum Osnabrück so konsequent ausgebracht wird wie nirgendwo sonst in der katholischen Kirche in Deutschland, ist inzwischen an vielen Stellen aufgegangen. So erklärt sich nicht nur, dass die Quote der Kirchengastriitte mit 4,6 auf 1000 Katholiken im Jahr 2016 in Osnabrück die zweitniedrigste ist im Vergleich der insgesamt 27 Bistümer in Deutschland. Auch andere Indikatoren legen den Schluss nahe, dass Seelsorge Früchte trägt, wenn sie sich nicht aus der Fläche zurückzieht. Der Anteil der Jugendlichen, die sich noch firmen lassen, ist außer im Bistum Regensburg nirgends so hoch wie in Osnabrück. Ähnliches gilt für Taufen und Erstkommunionen.

Um den Priesternachwuchs ist es in Osnabrück nicht besser bestellt als andernorts. Aber während fast überall auch Stellen für Laientheologen nicht mehr adäquat besetzt werden können, plagen Beckwermer keine Nachwuchssorgen. Warum auch? Bei Bischof Bode und seinen Mitarbeitern galten Laien nie als Seelsorger zweiter Klasse. Selbst Gemeindeleitungsaufgaben sind ihnen nicht (mehr) versperrt. Vom 1. Dezember an wird es unweit von Osnabrück eine Pfarreiengemeinschaft geben, in der mehrere Priester wirken und die von einem hauptamtlichen Laien geleitet wird.

Von dieser Form, gemeinsam Kirche zu sein, können die Katholiken in Hamburg einstweilen nur träumen. Dort hielt es die Bistumsleitung nicht einmal für erforderlich, das Ende von mehr als einem Drittel der Schulen zur Diskussion zu stellen. Inzwischen steht eine katholische Schulgenossenschaft bereit, die von einem breiten Strom der Sympathie in der Hamburger Stadtgesellschaft getragen ist und sich fachlich wie finanziell gerüstet sieht, alle 21 Schulen weiterzuführen – oder auch nur jene acht Einrichtungen, von denen sich das Erzbistum trennen will. Dass es zu einer Zusammenarbeit zwischen der in Gründung befindlichen Genossenschaft und dem Erzbistum kommt, ist nicht ausgeschlossen. Bis zum 16. April wollen Heße und Thim sich entscheiden.



Gemeinsam dagegen: In Hamburg demonstrieren im Februar Tausende gegen die geplanten Schulschließungen.

Foto Henning Bode

## Der Streit hat gerade erst begonnen

Die CSU kämpft mit der CDU, um der AfD bis zur Landtagswahl das Wasser abzugraben / Von Markus Wehner

BERLIN, 3. April. Der Friede währte nur kurz. Gerade hatten CDU und CSU ihren Streit zur Flüchtlingspolitik und zur vermaledeiten Obergrenze mit einem Formelkompromiss im Koalitionsvertrag scheinbar endgültig beendet, da ist der Konflikt zwischen den Schwesterparteien neu ausgebrochen. Es geht um den Islam, darum, ob er zur Deutschland gehört oder nicht. Der neue Bundesinnenminister und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sagte gleich zu Beginn seiner Amtszeit laut „nein“, die Kanzlerin im Bundestag ebenso laut „doch“. Am Dienstag hat Andreas Scheuer, Bundesverkehrsminister und zuvor CSU-Generalsekretär, noch einmal „nein“ gesagt. Er fügte ein Argument eigener Art hinzu: „Das ist ein Fakt.“

Scheuer reagierte damit auf einen Schwall von Kritik, den Seehofer in den Ostertagen aus den Reihen der CDU abbekommen hatte. Die Diskussion, die der Innenminister losgetreten habe, sei „frucht-

los“ und „taktisch motiviert“, sagte etwa CDU-Mann Norbert Röttgen. In der Praxis habe sie „null Bewandnis“, die ganze Debatte sei „vollkommen für die Katz“, sagte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther. Und fragte: Sollen man jetzt etwa alle Moscheen in Deutschland abbauen?

Am schmerzlichsten für Seehofer, der „keinen Jota“ von seiner Haltung abrücken will, mögen die Äußerungen von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble gewesen sein. Der gilt auch in der CSU als „ein“, ist bekannt dafür, dass er der Kanzlerin nicht nach dem Mund redet. Den Gang der Geschichte könne man nicht aufhalten, sagte Schäuble, der als erster Innenminister einer Regierung Merkel 2006 die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen hatte. „Alle müssen sich damit auseinandersetzen, dass der Islam ein Teil unseres Landes geworden ist.“ Alle, soll heißen: auch Horst Seehofer.

Der will nach eigenem Bekunden die Islam Konferenz auch weiterführen.

Vermittelde Äußerungen in dem Streit sind selten. Eine kam am Dienstag von Gerd Müller, dem Entwicklungsminister von der CSU, der kraft seines Amtes oft in islamisch geprägte Länder reist. Er wies darauf hin, dass die Religionen in Deutschland im Großen und Ganzen sehr friedlich miteinander lebten. „Der radikale Islam, der auf die Scharia baut und unsere Rechtsordnung leugnet, gehört deswegen auch nicht zu Deutschland.“ Müller, ein zur Mäßigung neigendes Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, hätte auch sagen können: Islam ja, Islamismus nein. Doch das wäre von der Wortwahl her zu weit von der ausgegebenen Parteilinie entfernt gewesen.

Der Streit droht die Union dauerhaft zu beschäftigen – und auch zu beschädigen. So war es im vergangenen Jahr, als die CSU wegen des Obergrenzen-Konflikts sogar damit gedroht hatte, auf ein gemein-

sames Wahlprogramm mit der Schwester zu verzichten. Der Streit ging bis ins Absurde, etwa in der Frage, in welcher Stadt die „Friedensverhandlungen“ vor der Wahl stattfinden sollten. Letztlich schadete die Uneinigkeit beiden Parteien.

Hinter dem Streit um den Islam steht wieder der grundsätzliche Konflikt um die Frage, wie der AfD beizukommen ist. In der CDU überwiegt die Ansicht, dass die Rechtspopulisten auf ihrem eigenen Feld nicht zu schlagen sind. Wer ihre Parolen aufnehme, sich gar in einen Überbietungswettbewerb beuge, der mache die AfD nur stärker. Ein Teil der AfD-Wähler sei eben für die CDU verloren. Die CSU hingegen besteht darauf, dass der rechte Rand zu großen Teilen zurückgewonnen werden kann. Wer die Probleme negiere, die die AfD anspricht, der bereite ihr den Boden. Die CSU verweist gerne auf eine Umfrage, nach der 77 Prozent der Befragten in Bayern der Aussage Seehofers über den Islam zustimmten.

Wer recht hat, das ist schwer zu sagen: Bei der Bundestagswahl holte die AfD in Bayern 12,4 Prozent; heute steht sie in Umfragen beim selben Wert. Die CSU hat sich zwar von den für sie niederschmetternden 38,8 Prozent in der Bundestagswahl erholt und erreicht heute um die 43 Prozent. Doch in einem Sechs-Parteien-Parlament, in dem neben SPD, Grünen und AfD die Freien Wähler und die FDP vertreten wären, wäre die angestrebte absolute Mehrheit kaum zu erreichen. Das gute halbe Jahr, das vor der bayerischen Landtagswahl am 14. Oktober liegt, ist, wie CSU-Generalsekretär Markus Blume der Deutschen Presse-Agentur sagte, „eine ganz entscheidende Zeit“. Es gehe um „die alles entscheidende Wahl“. Die Chance, dass der neue Streit zwischen den Unionsparteien vorher beigelegt wird, steht als schlecht. Abgerechnet wird am Wahltag. Dann wird die CSU auch über das weitere Schicksal von Horst Seehofer entscheiden.

### Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung  
Gründungsheerungsgeber Erich Welter 1

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Arno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.), Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bos; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Grossarth; Natur und Wissen-

schaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohler; Chef vom Dienst: Dr. Elena Geus; Grafische Gestaltung: Holger Windfuhr (Art Director); Informationsgrafik: Thomas Heumann.

GESCHAFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gieth.

Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2018 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2018 an.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 64,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 71,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 32,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 32,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 37,90 €. Bei Postzeitung der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 73,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zusätzlich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 46,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Abonnement der digitalen Frankfurter Allgemeine Sonntags-

zeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnemnt E-Paper) 16,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 1,90 €; der digitalen F.A.S. 3,30 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter [www.faz.net](http://www.faz.net). Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de). Auskunft erhalten Sie unter [nutzungsrechte@faz.de](mailto:nutzungsrechte@faz.de) oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von

Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de) oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60627 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0, Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44, Kundenservice: (069) 75 91-10 00 oder [www.faz.net/meinabo](http://www.faz.net/meinabo). Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: [leserbriefe@faz.de](mailto:leserbriefe@faz.de)

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; IBAN: DE58 5001 0060 0091 9396 04; BIC: PBNKDEFF